

Solidarität

Organ des Verbandes der Buchdruckerei-Silbsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint alle vierzehn Tage Sonntags. — Preis vierteljährlich 50 Pfennige. — Anzeigen, die dreigelaltene Petitzeile 20 Pfennige; Anzeigen, den Arbeitsmarkt betreffend, 10 Pfennige. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter Nr. 6893 im Post-Zeitungsregister.

Mittheilungen des Verbands- Vorstandes.

Am 13. Januar cr. wurde in einer in Oldenburg i. Gr. stattgehabten Versammlung die Gründung einer Zahlstelle perfekt.

Vorsitzender derselben ist: Joseph Gries, Bahnhofstr. 2a.

Kassierer: Georg Bruns, Bürgerfelde b. Oldenburg, Geldstr. 2.

Zahlstelle Hannover: Vorsitzender: Knäbel, Kl. Dövelstr. 7.

J. A.: Carl Wittig, Vorsitzender, Laufgraben 12 bei Stephan.

Bekanntmachung des Vorstandes der Zahlstelle II Berlin.

Laut Beschluß der außerordentlichen Generalversammlung vom 20. Januar cr. hat über den Zusammenschluß der beiden Berliner Zahlstellen eine Urabstimmung stattgefunden.

Indem wir gleichzeitig mit dieser Nummer der Zeitung den Kollegen die Stimmzettel übermitteln, machen wir darauf aufmerksam, daß nur diejenigen Kollegen stimmberechtigt sind, welche nicht länger als vier Wochen mit ihren Beiträgen im Rückstande sind.

Die Auszahlung der Stimmzettel findet am Sonnabend, den 9. Februar, Abends 9 Uhr, im Restaurant Stephan, Laufgraben 12, statt und müssen die Stimmzettel verschlossen und mit der Aufschrift „Stimmzettel“ versehen, an den Kollegen Stephan bis 9. Februar, Abends 7 Uhr, eingesendet werden.

Zur Kontrolle werden die Kollegen und vor allem die Vertrauensmänner eingeladen.

Nicht genügend ausgefüllte Stimmzettel werden als ungültig erklärt.

Der Vorstand.

Der Zusammenschluß

der beiden Berliner Zahlstellen beschäftigte in ca. 5-stündiger Verhandlung die Versammlung der Zahlstelle II am 20. Januar, und wenn derselbe nicht völlig abgelehnt wurde, so ist wahrhaftig das gute Herz der Gegner daran nicht schuld.

Das Referat, welches mit aller Sorgfalt und Sachkenntnis seitens des Kollegen Bleich ausgearbeitet war, war wohl angethan, die einzelnen Gegner, wenn sie nicht fanatisiert waren, eines Besseren zu belehren, und da von einem dieser „Vorächtigen“ behauptet wurde, er könnte demselben nicht folgen, wollen wir auf einige Stellen desselben eingehen. Kollege Bleich betonte zunächst, daß die Veranlassung zur nochmaligen Diskussion dieser Angelegenheit, die in Zahlstelle I vorgenommene Beitragserhöhung sei, und daß mit dieser der Grund zur ferneren Weigerung unsererseits gefallen ist. Der Gedanke des Zusammenschlusses sei nicht mehr neu, denn schon 1893, als die jetzige Zahlstelle II pekuniär

schlecht gestellt war, wurden derartige Erwägungen gepflogen; aber auch 1896, als gemeinsam die Neunstundenbewegung durchgeführt wurde, blieb auch diese Idee nicht unerwähnt, leider verließ die Angelegenheit jedesmal im Sande. Die Hauptfrage, die hierbei wohl jeden Kollegen beschäftigte, sei die pekuniäre Seite, und diese war denn auch Hauptgegenstand der Betrachtungen. Bei der jetzigen Beitragszahlung hat die Zahlstelle I eine monatliche Einnahme von 605 Mk.; dieser Einnahme steht eine Ausgabe von 432,53 Mk. gegenüber (die Ausgabe setzt sich zusammen aus monatlichen Verwaltungskosten 134,80 Mk., Unterstützung 14 Mk. und Verbandsbeitrag abzüglich 10 pSt. 283,73 Mk.). Es würde also immerhin noch ein Ueberschuß von ca. 170 Mk. verbleiben. Nun zahlt aber Zahlstelle II für die Verwaltung ihres Arbeitsnachweises 80 Mk. monatlich und Zahlstelle I 92,15 Mk. Für diese Summe, zusammen 172,15 Mk., dürfte es doch wohl möglich sein, ein geeignetes Lokal zu finden, wo der Arbeitsnachweis untergebracht werden kann; aber nicht nur ein geeignetes Lokal allein, auch eine geeignete Kraft wird noch hierfür angestellt werden können, und dies ist für die Organisation von nicht zu unterschätzendem Wert.

Wacht es sich nun notwendig, daß auch eine zweite Kraft angestellt werden muß, was nicht ausbleiben wird, so kann auch diese noch angestellt werden, da bei der Verschmelzung unbedingt an Verwaltungskosten gespart werden wird und von den verbleibenden 170 Mk. kann soviel zugelegt werden, daß auch diese einen anständigen Lohn erhält. Beide Organisationen werden sodann mit einem Schlage der unangenehmen Affaire überhoben, die sich jedesmal bei der Wahl herausstellt, nämlich, daß Niemand die leitende Stelle einnehmen will.

Diese Frage, die wohl schon des öfteren beide Vorstände beschäftigt hat, wird über kurz oder lang in Zahlstelle II eine so brennende werden, daß sie unbedingt gelöst werden muß. Hier ist den Kollegen ein Fingerzeig gegeben.

Aber auch die Kolleginnen haben einen Vortheil; denn von den 170 Mk. bleibt noch ein Rest, der dann zur Aufbesserung oder besser gesagt zum Ausbau der Unterstützungen Verwendung finden kann.

So werden beide Theile sich gegenseitig ergänzen und werden auch beide durch den gemeinsamen Vorstand, durch die gemeinsame Leitung einen nicht unerheblichen Vortheil haben, und wer das nicht einsehzt, der hat sich entweder die Sache nicht überlegt, oder sein Gesichtsfeld reicht nicht weiter, als seine Nase geht.

Doch was sagt die Opposition zu solch überzeugenden Ausführungen?

Zuerst müßten die Steinbrüder und Lithographen herhalten, die ja auch „Ihr weibliches Personal wieder abgeschoben haben“, dann kamen die Rotationsarbeiter dran, „die von den weiblichen Mitgliedern nichts haben“; dann müßten „die Statuten geändert und die Einrichtung des Arbeitsnachweises angeschafft werden“. Auch die Bewegung bei H. S. Fern. mußte herhalten, wo man nicht „gemeinsam operirt“ habe. Wahrlich alles Gründe,

über die man staunt, daß sie angeführt werden; als ob die beiden Zahlstellen nicht jetzt schon für ihre Arbeitsnachweise eine Einrichtung brauchen, oder ob die Statuten nicht jetzt auch öfter geändert werden müßten, und wenn bei Hermann wirklich nicht gemeinsam operirt worden wäre, so wäre dies weniger bei einer gemeinsamen Leitung möglich. Solche Gründe können eben nur von Kollegen angeführt werden, die sich jahrelang um die Organisation nicht kümmerten, die ihre Entwicklung nicht mitgemacht haben. Doch einer der allergrößten Schlauchpfe entstand der Opposition, als einer ihrer Redner ausführte, daß die Anhänger der Verschmelzung Geschäftsinteresse haben. Man weiß wirklich nicht, ist ein derartiger Auspruch aus „übergroßer Schlauchheit“ oder aus Fronte gefallen. Der Vorstand, den man sich gewählt hat, damit er die ganzen Angelegenheiten regelt und leitet, von dem man immer und immer wieder verlangt, daß er in allen Fragen Auskunft geben kann, von dem man erwartet, daß er alle im Interesse der Organisation liegenden Angelegenheiten den Kollegen empfiehlt, dieser Vorstand handelt, nachdem er nur seine Pflicht erfüllt, aus Geschäftsinteresse.

Thatsächlich hätte man den Kollegen doch etwas mehr zugetraut; jeder Unbefangene wird sich sagen, daß eben die angeführten Gründe keine Gründe sind. Aber was noch beschämender für die Opposition ist, dürfen wir nicht unerwähnt lassen; mit welchem Pathos wurde z. B. erklärt, daß sich der Lokal-Anzeiger gegen die Verschmelzung erklärt hat, als ob es nur nach den Rippen im Lokal-Anzeiger ginge; bedauert kann nur werden, daß nicht gesagt wurde, der Lokal-Anzeiger, Mosse, Ulstein, Hempel, der Vorwärts u. s. w. hat sich dagegen erklärt, denn in allen angeführten Druckereien hat man doch versucht von hinten herum Stimmung gegen den Zusammenschluß zu machen. Ja auch die Abweigung eines Theils der jetzigen Mitglieder, im Falle die Verschmelzung vor sich geht, ist in Erwägung gezogen; hat man sich hierzu vielleicht bewährter Muster bedient? U. A. u. a. Wir überlassen den ruhig denkenden und überlegenden Vereinskollegen die Beurtheilung einer solchen Handlungsweise und den Anreger der „Hinterreppenspolitik“ eruchen wir, seine Nase, die ja lange Zeit gerüht hat, einmal etwas tiefer in die Gewerkschaftsbewegung hinein zu stecken und sich das Wort „Überlegen“ recht dicht hinter die Ohren zu schreiben, vielleicht kriegt er doch noch ein bißchen Verständniß weg.

Sind wir nun auch mit dem Resultat zufrieden, so ist es doch bedauerlich, daß Kollegen, die von der Sache nichts wissen können, und Aufklärung wurde ihrerseits vom Vorstand nicht verlangt, ein derartiger Einfluß gewährt wird; wir sind überzeugt, daß die Mehrheit der Kollegen bei der stattfindenden Urabstimmung ein besseres Verständniß der Sache entgegenbringen und für den Zusammenschluß stimmen wird, der unbedingt notwendig und für beide Zahlstellen, sowie für die ganze Organisation von Vortheil ist — trotz alledem.

Hinter den Coulissen.

Die Intriguen, welche bei der Schaffung von Gesetzen, die zur Anebelung der Arbeiterklasse dienen, sollen, sich abspielen, hat die jüngst bekannt gewordene 12000-Mk. Affaire gezeigt. Und schon wieder konnte der „Vorwärts“ ein Schriftstück veröffentlichen, welches die bei der Diskussion jener Angelegenheit so bestrittene Dienstbarkeit der Regierung für den Großindustriellen-Verband der Stumm, Krupp und Konsorten wiederum auf das Klarste beweist.

Der Brief ist vom 7. Juli 1896 datiert und von dem bekannten Scharmsmacher Sekretär Bued an den süddeutschen Spinnkönig v. Hasler geschrieben worden. Er lautet in seinen markantesten Stellen:

„Daß wir endlich doch Herrn v. Berlepsch klein bekommen haben, hat mich auch mit Befriedigung erfüllt; Ihrem Wunsche, über den neuen Handelsminister etwas zu hören, komme ich, soweit ich dazu im Stande bin, in folgendem nach. Meine persönlichen Beziehungen zu dem neuen Handelsminister sind demnach gut und ich empfand dies auch bei einem ihm gestern abgestatteten Besuche.

Ich wurde sehr freundlich empfangen und auf meine Anrede, daß ich gekommen sei, um meine Glückwünsche abzulassen und dem Wunsche Ausdruck zu geben, daß das Handelsministerium mit dem Zentralverband freundliche Beziehungen unterhalten möge, erwiderte er, daß, soweit seine Person dazu beizutragen in der Lage sei, dies der Fall sein solle. Damit war mir der gewünschte Anlaß gegeben, die bisherige Richtung des Handelsministeriums in den sozialpolitischen Fragen in die Besprechung zu ziehen, worüber wir uns etwa ¼ Stunde unterhalten haben. Ich nehme keinen Anstand zu erklären, daß die Ablehnung des im übrigen ganz vernünftigen Handelstammer Gesetzes hauptsächlich gegen die weiteren Pläne des Herrn v. Berlepsch gerichtet gewesen sei, und zwar hauptsächlich gegen die von ihm geplante Organisation der Arbeiter. Die Gefährlichkeit dieser extremen Maßregel erkannte er vollkommen an. Ich setzte eingehend den Standpunkt des Zentralverbandes zur sozialpolitischen Gesetzgebung auseinander, betonte, daß wir dieselbe thätig unterstützen und gefördert haben, bezeichnete aber auch die Punkte, in denen man unseres Erachtens zu weit gegangen sei. Die Stellung des Herrn Berlepsch läßt sich nur etwa wie folgt charakterisieren. Primo loco ist er von der Ueberzeugung durchdrungen, daß sich die Lage der arbeitenden Klasse gegen früher ganz außerordentlich gebessert habe, daß sie als eine vollkommen befriedigende bezeichnet werden müsse und daß die von gewisser Seite ausgehenden Klagen über die traurige Lage der Arbeiter ein Unfug sei. Daher sei er dafür, jetzt in dem Laufe der sozialpolitischen Gesetzgebung mehr Ruhe eintreten zu lassen, und das sei auch die Ansicht des Kaisers.

Im übrigen gilt Berlepsch als ein ruhiger, ernster Mann mit festem Charakter und festem Willen und so weit ich die Sache zu übersehen vermag, können wir mit dem Tausch wohl zufrieden sein. Wir schieden, ich möchte fast sagen, in freundschaftlicher Weise, er ersuchte, auch ihm im gegebenen Fall mit Rat und That zur Seite zu stehen und versprach, wenn wir irgend etwas haben.

Auf diese Weise also ist der „sozialistische“ Minister von Berlepsch um seinen Sessel gekommen. Waren seine Gesetze auch keine im ganzen Umfange zu lobende Thaten, so waren sie doch von anderem Geiste wie das vom neuen Minister Berlepsch mit aus der Taufe gehobene Justizgesetz. Die Reichsregierung im Dienste der Groß-Industriellen, das ist das Ergebnis der neuesten Enthüllung. Nicht des Volkes Wille, auch nicht der Wille der Regierung, sondern der Wille eines kleinen Kapitalistenkluge giebt den Kurs unseres Staatsschiffes an.

Tariffkündigung oder Revision?

Diese Frage, welche schon seit Monaten wie ein Alp auf die Gemüther aller im Buchdruckgewerbe beschäftigten Personen drückte, ist am Sonntag in Keller's großem Saale vor dem Forum der tarif-treuen Gewerkschaft des VIII. Kreises der Provinz Brandenburg gelöst worden.

Aus allen Himmelsrichtungen Berlins, aus den Provinzorten Pommerns, Brandenburgs, Trebbins u. s. w. waren die Scharen herbeigezogen, sodaß kurz nach

12 Uhr sämtliche Räume polizeilich gesperrt werden mußten.

Giesecke, der Gehilfenvertreter des Kreises im Tarif-Ausschuß eröffnete und leitete die imposante Versammlung. Er wies in seinen einleitenden Worten darauf hin, daß sich die Tarifgemeinschaft während ihres fünfjährigen Bestehens sehr gut bewährt habe und daß angesichts der geradezu beispiellosen Erfolge er die Frage, ob die Tarifgemeinschaft zu kündigen oder ob nur eine Revision des Tarifs vorzunehmen sei, nur in letzterem Sinne entscheiden könne.

Herr Arendsee als erster Redner forderte Kündigung der Tarifgemeinschaft, weil durch dieselbe der Gehilfenstand die Freiheit des Handelns gewahrt würde und gegebenen Falles die aufzustellenden Forderungen mit den Nachmitteln der Organisation durchgesetzt werden könnten. Natürlich ohne Mithilfe der Herren Arendsee und seiner Complicen, die haben sich schon längst davon ausgeschlossen, aber die „Anderen“ können ihre Haut zu Markte tragen. (V. Verf.)

Mit vollem Recht hielten Rastini, Döblin und viele andere Redner dem entgegen, daß eine Kündigung der Tarifgemeinschaft nur dann einen Sinn habe, wenn man in der Lage sei, etwas Besseres an deren Stelle zu setzen. Das sei aber nicht der Fall. Jedenfalls sei die in der Tarifgemeinschaft liegende Gleichberechtigung der Prinzipale gegenüber viel zu werthvoll, um sie einem verhängnisvollen Kampfe preiszugeben. Die Herren von der sogenannten Opposition à la Leipzig trügen keinerlei Verantwortung, ihnen sei es sehr gleichgültig, was aus der Masse wird, wenn die Sache schief ginge. Aber auch in letzterem Falle wüßten jene Herren einen bequemeren Ausweg, indem sie eben die Schuld den Führern zuschieben, die dann wie gewöhnlich, alles verfahren haben.

Rastini wies in langer Rede nach, wie andere Arbeiter in den letzten Jahren danach streben, Vereinbarungen mit ihren Arbeitgebern im Gewerbe zu treffen, es sei dies schon einigen größeren Verbänden gelungen, die ebenfalls mit den Erfolgen sehr zufrieden seien. Er könne deshalb mit gutem Gewissen der Versammlung folgende Resolution zur Annahme empfehlen:

„Die heute, am 27. Januar, in Keller's Festsaal zum Zwecke der Stellungnahme zum Ablauf des Tarifs versammelten tarif-treuen Gehilfen des Tarifkreises VIII (Berlin-Brandenburg) erklären:

Im Hinblick auf die tatsächliche, gegen früher bedeutend vermehrte und durchgreifende Einführung des deutschen Buchdruckerarbeits in deutschen Reiche, sieht die Versammlung von einer Tarifkündigung ab, hält aber eine Revision des Allgemeinen deutschen Buchdruckerarbeits für unbedingt notwendig und zwar u. A. aus folgenden Gründen: Die seit Langem schon eingetretene Vertheuerung der wichtigsten Lebensmittel, die Steigerung der Mietpreise, sowie aller notwendigen Gebrauchsgegenstände, stehen mit den bisher festgelegten tariflichen Lohnsätzen in keinem Verhältnis und bedingen daher einer dringenden Verbesserung.

Des Ferneren ist durch die Einführung der Segmashinen, sowie aller Neuerungen an den Druckmaschinen, die weitgehendste Einschränkung des bestehenden Tarifs hinsichtlich des Anlernens von Lehrkräften, durch eine den Umständen angemessene Regelung, geboten.

Die Versammlung beauftragt daher den Gehilfenvertreter des Tarifkreises VIII, beim Tariffamt der deutschen Buchdrucker den Antrag auf Revision des deutschen Buchdruckerarbeits einzureichen.

Mit bedeutender Mehrheit wurde diese Resolution unter großem Beifall der weitläufigen Versammlung angenommen. Mit einem dreifachen Hoch auf den deutschen Buchdruckerverband wurde die Versammlung geschlossen.

Dies der sachliche Verlauf der interessanten Versammlung.

Aber es ist uns nicht möglich, eine betrübende Thatsache zu verschweigen oder zu unterdrücken, nämlich das unqualifizierbare Auftreten der Anhänger der Gewerkschaft, die durch den berühmten Arendsee vertreten wurde. Durch thierartiges Gebülle und Schreien versuchten diese Leute die Versammlung zur polizeilichen Auflösung zu bringen, was auch beinahe gelungen wäre, wenn nicht durch schnelles und energisches Eingreifen der Versammlungsleitung dies verhindert wurde. Also Gewerkschaft und Po-

lice — Hand in Hand. Im Uebrigen hatten die „Herren“ eigentlich da gar nichts zu suchen, weil sie ja zur Tarifgemeinschaft keinen Pfennig beigetragen haben; jedenfalls wird in diesem Sinne in Zukunft dafür gefordert werden. Ph. Sch.

Versammlungen.

Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen.

Breslau. Bericht der öffentlichen Versammlung vom 16. Januar 1901. Tagesordnung: 1. Wie verbessern wir unsere Lage. 2. Verschiedenes. 3. Ausnahme neuer Mitglieder. Nachdem der Vorsitzende Kollege Müller die Versammlung eröffnet hatte, nahmen mehrere Kollegen zu Punkt 1 der Tagesordnung das Wort, und erklärten, daß der von der Tarifkommission aufgestellte Tarif nach genauer Durchsicht, noch sehr mangelhaft sei und in der Form nicht vorgelegt werden kann. Es muß jedoch ein anderer Ausweg gefunden werden, um unsere gegenwärtige Lage zu verbessern und wurde der Vorschlag gemacht, an die Gesamtheit der Breslauer Prinzipale mit dem Gesuche um eine prozentuale Lohnerhöhung heranzutreten, unter vorläufiger Verzichtung auf die Verkürzung der Arbeitszeit. Kollege Müller verlas dann ein diesbezügliches Schreiben, welches in der letzten Kommissionsitzung abgefaßt worden ist. Dasselbe ist in seinem Inhalte auf das Höchste gehalten und hoffen wir auf Erfolg desselben. Unter Berücksichtigung brachte Kollege Scholz das Anlernen von Mädchen bei der Firma Graf u. Barth zur Sprache. Darüber entspannen sich heftige Debatten zwischen den Kollegen Scholz, Hartmann, Wolf, Prosig, sowie dem Bauvorsteher Herrn Schlag, welcher ansieht, daß durch das sogenannte Blausachen speziel die Geschäfte mandamental gezwungen sind, sich Mädchen anzunehmen. Erreichtliche Weise hat ja diese Unsitte in letzter Zeit etwas nachgelassen. Es wurde dann noch verschiedene Einzelheiten zu der am 23. Januar stattfindenden Generalversammlung bekannt gemacht. Zur Aufnahme meldeten sich die Kollegen Dipis, Köschig und Hingentich. Nach dem üblichen Hoch auf den Verband wurde die Versammlung um 10½ Uhr geschlossen. Ph. Sch.

Berlin. Zehnte (Hilfsarbeiterinnen). Am 16. Januar fand die Generalversammlung des Vereines der Arbeiterinnen an Buchdruckmaschinen statt. Nachdem die sehr schwach besuchte Versammlung um 9½ Uhr eröffnet wurde, begrüßte die Vorsitzende die Mitglieder zum neuen Jahr und wurde hierauf das Protokoll verlesen, welches mit einer kleinen Aenderung angenommen wurde. Zum 1. Punkt der Tagesordnung hatte Kollegin Striepel den Bericht über die Thätigkeit des Vorstandes gegeben und fragte Kollegin Friele nach den Zahlen der Mitglieder nach der Februartagung und ob sich einige infolge derselben abgemeldet haben; es wurde eine diesbezügliche Antwort gegeben. Da Kollegin Striepel in voriger Versammlung erkrankt hatte, nicht immer so interessanlos zu sein, zeigt die heutige Versammlung, wie wenig diese Wohnung Beachtung gefunden hat und weist Kollegin Heydemann auf die Nothwendigkeit des Zusammenstehens hin, dann würden die Mitglieder mehr an ihre Pflichten erinnert. Zum 2. Punkt wird von der Kassierin der Kassenbericht verlesen. Derselbe wird von den Kassierinnen bekräftigt und hierauf der Kassierin Debarge ertheilt. Ferner wird mitgetheilt, daß in diesem Vierteljahr sich 129 Mitglieder haben aufnehmen lassen, so daß der Verein gegenwärtig 485 Mitglieder zählt. Es sind im Verein 209 Stellen gemeldet und hiervon 181 besetzt worden. Kollegin Heydemann empfiehlt nochmals an Rechnermaschinen kein Personal zu schließen. Unter Berücksichtigung wird die Frage erörtert die Kollegin Sabbat, welche doch schon seit Bestehen des Vereines Mitglied ist und auch viel für den Verein getan hat, als Ehrenmitglied zu führen. Es gab hierüber eine kleine Debatte und wird erklärt, daß in diesem Fall der Vorstand kompetent ist, die Angelegenheit zu regeln. Seitens der Kollegin Striepel wird mitgetheilt, daß sich bei uns vier Steinbrud-Angehörigen haben aufnehmen lassen, was sehr freudig zu begrüßen ist, da man sieht, daß dieselben sich ihrer Pflicht bewußt sind. Kollegin Heydemann dagegen hegt Bedenken, indem sie erklärt, daß diese Mitgliedschaft von zu weitgehender Bedeutung ist und ist nicht für die Aufnahme in unsere Zehnte. Die Kolleginnen in den einzelnen Druckerien werden ermahnt, überall da, wo sich Unzufriedenheiten über den event. Zusammenstoß herausstellen sollten, dies den Vertrauenspersonen oder dem Vorstand zur Kenntniß gelangen zu lassen, damit Vesperer den Mitgliedern nochmals die Pflichten vor Augen führen kann. Da sich einige Kollegen beschwerten, keine Versammlungszeit erhalten zu haben, wird bekannt gemacht, daß diesmal die Vertrauenspersonen dieselben zum Bertheilen erhalten haben. Der Beweis ist erbracht, daß an Porto nicht gespart werden kann. Nicht nur, daß die Mitglieder der kleinen Druckerien bei der Versammlung fehlen, erschließen die Kolleginnen der größeren Druckerien nur vereinzelt; selbst von der großen Offizin Eitenfeld fehlen die Mitglieder, ja sogar die Vertrauenspersonen. Dieses fand eine allgemeine Verurtheilung und war dann um 10 Uhr Schluß der Versammlung. E. M.

Berlin. Zahlstelle II (Hilfsarbeiter). Bericht der Versammlung vom 20. Januar. Kollege Wahl eröffnete die außerordentlich gelungene Versammlung um 2 Uhr, die Kollegen im neuen Jahre begründend, und theilte mit, daß sich die Kollegen Langold, Alb. Richter und Max Oberender krank gemeldet haben. In der letzten graphischen Konferenz am 6. Jan. wurde dem Verbandsvorstand die „Zst.“ übergeben und konnte der Chairman der Konferenz, Genosse Wachs, auch gleich noch ein kleines Angebinde in petuniärer Beziehung mit auf den Weg geben. Kollege Tausch war in der Buchdruckeri der „Woche“ beschäftigt und that da des Oesteren des Guten zu viel, so daß er nach mehrmaliger Ermahnung entlassen wurde; der Vorstand hatte sich mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen, da durch die Entlassung die Organisation benachteiligt wurde und es wurde dem betreffenden eine scharfe Rüge erteilt. Der Kollege Artz hatte in einer größeren Druckeri ohne Motivation seine Arbeit niedergelegt. Als er zur Vorbildung deshalb geladen wurde, erschien er nicht und theilte später dem Vorstand mit, daß er die Zeitungspedition seiner Eltern übernommen habe; er wolle Mitglied bleiben und würde sich ev. zur Nacharbeit zur Verfügung stellen. Die weitere Mitgliedschaft und das Anerbieten des Kollegen wurden abgelehnt und erklärte die Versammlung hiermit einverstanden. Das Gesamtpersonal in der Holzplanoplast Anstalt, darunter auch unsere Kollegen, haben je 1 Mt. Zulage erhalten. In der Holzengerei von Sauer wurde ein Unorganisirter eingestrichelt und wurde dieserhalb der Chef zur Vorbildung geladen und erlitten auch: leider haben die Verhandlungen ein befriedigendes Resultat nicht ergeben. Kollege Zahns theilt mit, daß Kollege Langold wieder gesund, und sich augenblicklich 8 Arbeitslose im Nachweil befinden. Kollege Sprenger macht Mitteilung über eine Bewegung der Maschinenmeister in der Dörsig, in der er beschäftigt ist. Kollege Wörst theilt mit, daß sich Kollege Knobel, und Land, daß sich W. Schulze krank gemeldet hat. Vor dem 2. Punkt findet eine Pause von 15 Minuten statt, nach der 85 Kollegen mit den üblichen Worten willkommen geheißen wurden. Kollege Brätel wandte sich gegen die Aufnahme des Kollegen Schalles, welche auch abgelehnt wurde. Punkt 2. Punkt wurde seitens des Kollegen Zahns gegen Willard, weil derselbe schon mal Mitglied war, sowie des Kollegen Falkenberg gegen Barnack, und Witsch gegen Wiederauß aus dem gleichen Grunde. Die Aufnahme des in der Holzengerei von Sauer eingestrichelten Unorganisirten Namens Hell wurde nach längerer Diskussion zurückgewiesen und dem Vorstande aufgegeben, nochmals mit dem Chef Rücksprache zu nehmen. Ein Kollege, der im Afford arbeitet, aber im Lohn nicht das von der Organisation festgesetzte Minimum erhält, wurde nicht aufgenommen. Es folgte nun der 3. Punkt: **Parlamentarische der Berliner Zahlstellen:** nachdem Kollege Wahl eine kleine Einleitung gemacht, erhielt Kollege Reich als Referent das Wort und führt an der Hand einer von ihm aufgestellten Berechnung die Notwendigkeit und die Vorthelle des Zusammenschlusses vor Augen (siehe auch an anderer Stelle in dieser und voriger Nr.). An der ausgedehnten Diskussion beteiligten sich als Anhänger des Zusammenchlusses die Kollegen Freese, Wiefeler, Wittig, die Kolleginnen Thiede und Striepel; als Gegner die Kollegen Bleichschmidt, Wörst, Falkenberg, Treptow und Bucher. Nach einem kurzen Schlußwort seitens des Kollegen Reich wird beschlossen, über den Zusammenfluß eine Urabstimmung stattfinden zu lassen. Nachdem der Punkt verschiedenes verlag, wird die Versammlung mit einem Hoch auf den Verband um 9 Uhr geschlossen. B.

Mannheim. Mitgliederversammlung vom 21. Januar. Tagesordnung: 1. Protokoll. 2. Kassenbericht. 3. Vortrag des Arbeiterssekretärs Kapfenstein über „Frauenbewegung“. 4. Wahl eines Delegierten zum Gewerkschaftskongress. 5. Verschiedenes. Der Vorsitzende, Kollege Stenbaum, eröffnete um 9 Uhr die von ca. 35 Personen besuchte Versammlung. Beim 1. Punkt der Tagesordnung verlas Kollege Arnold das Protokoll. Beim 2. Punkt erhaltete Kollege Klapp den Kassenbericht (den ersten, seit Bestehen der hiesigen Zahlstelle) und wurden obigen Kollegen, da die Kasse vom Kollegen Arnold und Kollegin Konnerit revidiert und alles in bester Ordnung befunden wurde, Decharge erteilt. Hierauf nahm Arbeiterssekretär Kapfenstein das Wort. Er hielt einen interessanten Vortrag über die Frauen von früher und jetzt, und wies durch statistische Zahlen die Bewegung derselben nach. Mit dem Wunsche, daß sich die Hilfsarbeiterorganisation so weiter entwickeln möge, wie bisher, schloß Redner seinen einstudigen Vortrag. Zum 4. Punkt wurde Kollegin Zigel von Ludwigshafen als Delegiertein gewählt. Nachdem der Vorsitzende dem Referenten für seinen Vortrag gedankt hatte, schloß derselbe die Versammlung gegen 11 Uhr. Bemerk sei noch, daß im Laufe des Februars in Ludwigshafen a. Rh. eine größere Versammlung stattfinden und dieselbe seiner Zeit noch bekannt gegeben wird.

Hannover. Versammlungsbericht vom 22. Januar. Tagesordnung: 1. Vereinsmitteilungen. 2. Neuwahl des Vorstandes. 3. Bericht des Gewerkschaftsdelegierten. 4. Verschiedenes. Die Versammlung war nur mäßig besucht. Kollege Kiel, welcher den Vorsitz übernommen hatte, eröffnete die Versammlung um 9 Uhr. Er verliest Johann ein Schreiben vom Verein für Feuerbestattung,

worin der Verband zum Besuch der Ausstellung von Zeichnungen und Modellen, von Crematorien, Särdenurnen, Urnengräbern u. eingeladen wird. Der Vorsitzende betont, daß der Besuch der Ausstellung sehr empfehlenswert sei. Punkt 2: Neuwahl des Vorstandes. Zum Vorsitzenden wurde: da sich trotz vieler Mühe niemand unter den Mitgliedern entschließen konnte, diesen Posten vorzunehmen, der uns vom Vorsitzenden der Buchdrucker, Herr Frische, empfohlene Buchdrucker, Herr Knäbel, gewählt. Herr Knäbel erklärte sich bereit, diesen Posten anzunehmen und führte aus, daß die Buchdrucker und Hilfsarbeiter in jeder Zeit zusammenstehen und sich auswechseln müßten. Zum 2. Vorsitzenden wurde Thiele II gewählt. Als Kassierer wurde Kollege Hammer wiedergewählt. Als Schriftführer wurde Kollege Schulz II, als 2. Schriftführer Kollege Schneider, als Kassierer die Kollegen Kiel und Benzel gewählt. Der Bericht des Delegierten mußte ausfallen, weil der Kollege Zeier, wie gewöhnlich, nicht zur Stelle war. Zum Delegierten wurde Kollege Keinhard, zum Stellvertreter Kollege Oberhardt gewählt. Punkt 4: Verschiedenes. Kollege Sparsahl führt Klage über den Hauptvorstand, daß seine Briefe vom 1. Oktober v. J. noch nicht beantwortet seien. Kollege Sparsahl bemerkt, daß eine solche Verzögerung bei dem alten Vorstand nicht stattgefunden hat. Es folgten noch einige Besprechungen betreffs unseres im nächsten Monat stattfindenden Kappfestes. Sodann erfolgte um 10 1/2 Uhr Schluß der Versammlung.

H. Soh.

Berlin. Bericht der ordentlichen Generalversammlung vom 28. Januar. Tagesordnung. 1. Verlesung des Protokolls. 2. Rechnungslegung für das erste und zweite Quartal des Geschäftsjahres. 3. Wahl eines Revisors. 4. Aufnahme neuer Mitglieder. 5. Verbands- und örtliche Angelegenheiten. 6. Verschiedenes. Die Versammlung konnte erst kurz vor 9 Uhr eröffnet werden, da die Mitglieder der größeren Druckerien infolge Vängerarbeiten verhindert waren, früher zu erscheinen. Nachdem das Protokoll der letzten Versammlung verlesen und genehmigt war, erfolgte seitens des Kassierers die Rechnungslegung, aus welcher zu ersehen ist, daß eine wesentliche Verbesserung der Kassenverhältnisse nicht stattgefunden hat. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt. An Stelle des Kollegen Abend wurde als Revisor Kollege Steffe gewählt. Beim 4. Punkt theilt der Vorsitzende mit, daß sich bei der öffentlichen Versammlung am 16. Januar die Kollegen Hingentich, Köschlig und Diph zur Aufnahme gemeldet haben, leider glänzen dieselben heute durch ihre Abwesenheit, das sei umso mehr zu verwundern, da genannte Kollegen keine Neulinge, sondern bereits schon längere Zeit Mitglieder gewesen sind. Kollege Reckiegel vor laut Beschluß der Versammlung vom 19. Dezember v. J. zu der heutigen eingeladen und auch erschienen, um sein Aufnahmegeruch persönlich vorzubringen. Nach kurzer Debatte und ernstlichen Ermahnungen seitens des Vorstandes, wurde derselbe gegen 3 Stimmen wieder aufgenommen. Hierauf erhebt der Vorsitzende bekannt, daß unter Frachgorn jetzt Eigentum des Verbandes sei und sprach die Hoffnung aus, daß nun die Möglichkeit vorhanden ist, dasselbe allwöchentlich erscheinen zu lassen, auch wurde mitgeteilt, daß von jetzt ab die Versammlungsangelegenheiten wieder in der „Solidarität“ bekannt gemacht werden; die Vertrauensmänner, sowie die einzeln arbeitenden Mitglieder wurden ermahnt, die „Solidarität“ pünktlich am Kassenabend abzuholen. Seitens des Vorstandes wurden der Versammlung die Kollegen Urban, Varnus, Kube, Schneider und Richter zum Ausschluß empfohlen, da dieselben nahezu an 90 Beitragsfreie aufzuweisen haben und Aussicht auf Begleichung derselben nicht vorhanden ist. Die Versammlung beschloß, den Ausschluß. Kollege Reugebauer ist ausgeschieden, da er nach seiner eigenen Angabe infolge seines geringen Verdienstes den Beitrag nicht mehr zahlen kann. (9 Red.) Kollege Freidiger erklärt ebenfalls seinen Austritt und zwar deswegen, weil er mit seiner Frau in Frieden leben will, sie droht, falls er Mitglied bleibt, von ihm wegzuziehen. (Sehr bezeichnend! Red.) Der Kartelldelegierte, Kollege Müller, gab bekannt, daß das Kartell beschlossen hat, von den dasselbst vertretenen Gewerkschaften einen bestimmten jährlichen Beitrag zu erheben, wir hätten demnach, da wir noch nicht 100 Mitglieder sind, einen solchen von 6 Mt. zu entrichten. Nachdem der Vorsitzende noch einige Verwaltungsmahregeln, betreffs der Lohnforderung, ertheilt hat, wurde die Versammlung geschlossen. Die nächste findet am 30. Februar statt.

Berichtigung.

In Nummer 2 der „Solidarität“ befindet sich im Bericht über die letzte Vereinsversammlung des Vereines der Berliner Buchdrucker folgende Stelle:

„Als Redner, mit Ausnahme des letzteren, waren für Tarifrevision, während Bonifati für Tarifbindung plädierte, denn derselbe meinte, wozu hätten wir die 4 Millionen, wir sollten doch einmal ein Längchen wagen, jetzt wäre der Zeitpunkt gekommen.“

Hierzu muß ich erklären, daß der Herr Berichtserstatter meine Worte in vollständig folgendem Zusammenhang wiedergegeben hat. Nicht habe ich von dem jetzt richtigen Zeitpunkt gesprochen, mit den Prinzipalen ein

Längchen zu wagen, sondern ich habe auf die Verfüchtungen einiger Vordredner — die Prinzipale würden bei einer event. Kündigung vom 1. Juli 1901 ab, den Tarif nicht bezahlen — erklärt: Sollten die Prinzipale dies wagen, dann wäre der Verband auch noch da, um dieser Provokation Paroli zu bieten. Solch einer Mangelhaftigkeit dürfen wir uns heute nicht mehr hingeben, wozu hätten wir dann die 20000 Mitglieder und die 4 Millionen Mark? Vor 1896 haben wir es auch verstanden, den Prinzipalen Klugheit vor dem Tarif beizubringen. Wenn unsere ganze Macht nur in den Tarifinstitutionen bestände — die ja nur vermöge des Verbandes zustande gekommen sind — dann würde es das Beste sein, den Verein zu pensionieren. Zu wagemüthig ist nicht gut, aber zu ängstlich ist schlimmer.

Aus dieser Erklärung dreht sich der Herr Berichtserstatter nun heraus, ich hätte direkt zu einem Konflikt mit den Prinzipalen aufgehoben, da nach meiner Ansicht jetzt der richtige Zeitpunkt da sei. Warum man gerade diese beiläufige Bemerkung meinerseits im Bericht ab meinen Kündigungsgrund angibt, will ich hier nicht erörtern! Nur eins will hier noch bemerken: Wer angeführt des geschäftlichen Niederganges, die mir in den Mund gelegten Worte gebrauchten würde, müßte entweder ein Nachwandler oder ein rasender Fanatiker sein, der ohne Seitenblick geradezu mit dem Kopf gegen die Mauer läuft. Otto Wörstli.

Rundschau.

Ein schlagfertiger Unternehmer ist der Buchdruckermeister Windlich in Berlin, der eine kleine Druckeri besitzt und eines Tages einen Lehrling kräftig bestrafte, weil er eine Korrektur nach Feierabend nicht mehr machen wollte. Der Lehrling stellte dieselbe aber doch noch her und verlangte dann das Kolgeld, welches ihm zum Montag versprochen wurde. Auf die Bemerkung, daß seine Mutter das Geld brauche, schlug nunmehr W. auf den Lehrling ein und stieß ihn nach der Thür. Die Druseigen hinterließen bei dem Lehrling „Nägellabdrücke“ auf der Wange und stellte der Vater des Lehrlings mittels Klage den Antrag auf Auflösung des Lehrverhältnisses. Diefem wurde stattgegeben, da es öfter vorgekommen, daß der Sohn des Klägers statt Sonnabends erst Montags oder Dienstags das Kolgeld erhalten habe. — Zur Erwägung wurde dem Beklagten aufgegeben, ob er bei seiner persönlichen Festigkeit überhaupt in der Lage sei, Lehrlinge zu halten oder er müßte sich mehr zusammenehmen und vorsichtig sein.

Wieder ist ein „automatischer Aufzugsapparat“ erunden worden, der sogenannte Bugische, der dem Königlichen in seinen Leistungen nicht nachsehen soll. Es soll beispielsweise einer dieser Apparate von Bug zur Zeit an einer alten Frankfurter Schnellpresse mit einer Geschwindigkeit von 12—1400 Exemplaren pro Stunde in den verchiedensten Papierarten arbeiten. Sollten diese Apparate in Anwendung kommen, so kann sich unsere Organisation auf eine lässige Meservearmee gefaßt machen. Rechnen wir hierzu den kommenden wirtschaftlichen Niedergang, so gewinnt die Aussicht auf eine große Meservearmee in diesem Jahre noch einen weit ungenüheren Anstrich. Angefaßt dieser Propostion schreibt der „Vorwärts“ im Beiratsartikel vom 24. Januar mit der Ueberschrift: „Der Arbeiter in der wirtschaftlichen Krise“: Es wäre gerade jetzt ein die Gewerkschaften schwer schädigendes Verhalten, wenn die Mitglieder nicht treu zur Fahne halten und alles aufbieten, einen Rückschlag zu verhindern; heute werden alle Kräfte gebraucht, keiner darf die Pflicht, die ihm die Gewerkschaft auferlegt, von sich abzuwenden und dem kleinen Häuflein der Papieren überlassen, die zu allen Zeiten die Opfer und Beschwerenisse auf sich genommen haben.

Kann der Zusammenschluß nicht erschüttert werden, dann werden die Arbeiter dem Kommenden ruhiger und voll Vertrauen auf die eigene Kraft entgegensehen können.

Karlruhe (Baden). Von einem traurigen Unglücksfall wurde im Laufe der letzten Woche ein Mitglied von uns betroffen, welches ein drahtisches Bild gibt, für die Gefahren, die die Angehörigen unseres Berufes ausgesetzt sind. Die Kollegin Paula Haber, die längere Zeit arbeitslos war, arbeitete seit 5 Tagen in der hiesigen lithographischen Anstalt von A. Wehender. In Gemeinschaft mit zwei anderen Arbeiterinnen war unsere Kollegin an dem betreffenden Tage im Begriff im Keller sogenanntes Material (gemischtes Benzin und Terpentin) heraufzuholen. Sei es nun, daß die Ausbuchtung dieser Stoffe eine wesentlich starke war, oder ob ein unvorsichtiger Gebrauch von Licht dabei in Frage kam, das zu untersuchen mag dahingestellt bleiben, nur es erfolgte eine Explosion, welche das ganze Haus erschütterte. Mit gefährlichen Brandwunden wurde unser bedauernswerthes und stets eifriges Mitglied in das hiesige Krankenhaus gebracht, wo es lange Zeit dauern wird, bis sie wieder hergestellt ist, wenn dies überhaupt noch möglich sein wird. Die beiden Arbeiter wurden gleichfalls, jedoch nicht so erheblich verletzt. Rüge daher die Be-

*) Anmerk. der Red. Leider können wir in dieser Nummer auf beide Materialien nicht genügend eingehen, hoffen aber dies in nächster Nummer thun zu können.

kauntgabe dieses betrübenden Falles alle unsere Kollegen und Kolleginnen zur Vorsicht mahnen.

K. B.

Statt Rente eventuell Versaguß. Einen kleinen Beitrag zu der Tätigkeit der Unfall-Versicherungsgesellschaften, wenn es sich um Bewilligung von Renten für verunglückte Arbeiter handelt, gab die im öffentlichen Interesse gegen den Handarbeiter Friedrich Hermann Hartung aus Neuschönefeld geführte Weidigungsfrage. Hartung war früher als Internenwärter in häuslichen Diensten und verunglückte am 1. Juli 1899 dadurch, daß er beim Reinigen einer Laterne in der Inzeststraße von seiner Leiter herabstürzte. Mit der linken Hand und dem linken Fuße war er nach seinen Angaben in der Leiter hängen geblieben und dann auf das Gefäß gefallen. Hierdurch erlitt er eine Verletzung des Rückgrats und eine Ferkung des linken Armes und Beines. Infolge dieses Unfalles ist er arbeitsunfähig krank gewesen und erst von Dr. Witt und dann von Dr. Georgi behandelt worden. Nach seiner Geneung stellte er am 28. Dezember 1899 bei der Gas- und Wasserberufsgenossenschaft Antrag auf Gewährung einer Rente, weil er in seiner Erwerbsfähigkeit stark gemindert sei. Aus diesem Grunde wurde er dann auf Veranlassung der Berufsgenossenschaft vom 25. April bis zum 12. Mai im städtischen Krankenhaus vom Dr. med. Schippan beobachtet. Als er aus dem Krankenhaus entlassen war, stellte er bei dem Vertrauensmann der Berufsgenossenschaft, Direktor Wunder-Leipzig, den Antrag, ihm weiterhin auf Kosten der Genossenschaft ärztliche Behandlung angedeihen zu lassen. Anstatt einer Antwort bekam er die Aufforderung, sich am 24. Juni beim Gerichtsarzt Dr. Thümmler zur Untersuchung einzufinden. Die Untersuchung fand auch statt. Bis Ende Juli, also ziemlich drei Monate, erhielt H. auf seinen Antrag vom 12. Mai keine Antwort. Er fragte deshalb schriftlich bei Direktor Wunder an, wie denn eigentlich seine Sache lände. Hierauf erhielt er von Wunder ein Schreiben vom 30. Juli, wonach sein Antrag auf ärztliche Behandlung abgelehnt wurde. Im höchsten Grade ärgerlich über dieses Resultat, schrieb nun Hartung am 2. August an den Direktor Wunder der Gasanstalt II eine Postkarte folgenden Inhalts:

„Aus Ihrem Schreiben habe ich ersehen, welche Niederträchtigkeit die Berufsgenossenschaft sammt Ihnen besitzt. Einen Arbeitmann auspressen und ausbeuteln, das ist beim Kapital, deren Unternehmungen und deren Vertreter eine Sache, die Recht ist. Heißt es aber für einen armen Berufsgelückten eintreten, da ist es eine Gemeinheit, daß so was von dem Arbeiter verlangt wird. Bergungere oder freipre „du Strunt“, heißt es da. Ich verlange jetzt kurz und bündig zu wissen, wie weit ist meine Sache?“

Die Antwort bestand in der Mitteilung, daß seine Karte der Berufsgenossenschaft zur weiteren Verfolgung abgegeben worden sei. Nun mit einem Mal erhielt H. vom 3. August datirt, den Bescheid der Unfallberufsgenossenschaft, daß sein Antrag auf Rente abgelehnt worden sei. Dazu hatte man also sieben Monate sechs Tage Zeit gebraucht. Bald darauf lief aber auch bei der Staatsanwaltschaft der Strafantrag wegen Weidigung gegen Hartung ein. Der Vorsitzende der Genossenschaft, Wöhr, hatte für den Vorstand der Genossenschaft Strafantrag gestellt. Die Genossenschaft ist aber eine juristische Person, die nicht beklagt werden kann, deshalb war der Antrag ohne Bedeutung. Darum wurde Herr Wunder veranlaßt, persönlich gegen H. Strafantrag zu stellen.

Lohnbewegungen und Streiks.

Die Differenzen in der Druckerei der „Leipziger Volkszeitung“ dauern fort. In Dortmund wurden 12 Verbandstager der amtlichen „Dortmunder Zeitung“ vor die Alternative gestellt, aus dem Verbands auszutreten oder die Entlassung zu erhalten. Der Verband will den Kampf aufnehmen.

In den Vereinigten Berliner Metallwerken kritiken die Kutcher, Handwerker und Arbeiter wegen angeführter Lohnreduktion und Maßregelung von fünfzehn Arbeitern. Vor dem Einigungsausschuss des Gewerbegerichts kam ein Vergleich zu Stande, nach dem die Arbeit am 11. Januar wieder aufgenommen wurde.

Die Auslieferung der Werftarbeiter der Seebischschen Werft in Bremerhaven dauert fort. Mehrfache Unterhandlungen blieben ergebnislos.

In der Metallwarenfabrik von O. Seifert in Alenburg haben 100 Mann die Arbeit eingestellt.

In den Panther-Fahrradwerken zu Magdeburg wurden 35 Arbeiter entlassen und das Ersuchen der Arbeiter, lieber die Arbeitszeit herabzusetzen, abgelehnt. Daraus resultieren sämtliche Arbeiter die Arbeit ein.

Die Formier in Loitbus (Maschinenfabrik Knadstede) streiken wegen verweigerter Vergütung des fehlenden Gusses.

Ein Sattlerstreik bei der Berliner Firma Boppel wurde nach kurzer Dauer vor dem Einigungsausschuss durch Vergleich beendet.

Der Leipziger Tapferstreik ist nach dreizehn-

wöchiger Dauer zu Ungunsten der Gehilfen beendet. Die Innung hat den Arbeitsnachweis errichtet, der vom Obermeister und je 4 Vertretern der Unternehmer und Arbeiter geleitet wird.

Briefkasten der Redaktion.

Abend-Kreslau. 20 Pf. Straßporto bezahlt. Brief demnächst Gruß Bl.

Verband der Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen zc. Ortsverwaltung Berlin. — Zahlstelle II. (Hilfsarbeiter.)

Sonntag, den 17. Februar 1901, Vormittags 11 1/2 Uhr, in der „Berliner Messource“, Kommandantenstraße 57:

Ordentliche Generalversammlung.

Mitgliedsbuch legitimirt.

Tages-Ordnung:

1. Mitteilungen (Beschluss des Resultats der Urabstimmung). 2. Aufnahme neuer Mitglieder, Beitragszahlung und Ausgabe der Maskenball-Billets. 3. Vierteljahresberichte. 4. Verschiedenes. Sternwarte-Billetrequisiten werden veröffentlicht. Da der Saal um 4 1/2 Uhr geräumt werden muß, wird die Versammlung Punkt 12 Uhr eröffnet, und erucht die Kollegen dieserhalb um pünktliches Erscheinen
- Der Vorstand.

Verein d. Arbeiterinnen an Buchdruckschneiderei u. Zahlstelle I Berlin des Verbandes der Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen.

Mittwoch, den 13. Februar, Abends präzis 8 Uhr:

Vereins-Versammlung

in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20.

Tagesordnung:

1. Resultat über die Urabstimmung des Zusammenschlusses. 2. Diskussion. 3. Mitteilung u. Verschiedenes. Die verehrlichen Mitglieder werden erucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.
- Der Vorstand.

Der Arbeitsnachweis befindet sich Jüdenstr. 35/36, Telephon Amt 1, Nr. 8886.

Am Montag, den 4. Februar, findet Abends 8 Uhr bei Börsch, Jüdenstr. 35/36 eine

Vertrauenspersonensitzung

statt, zu der es dringende Pflicht einer jeden Vertrauensperson ist, pünktlich zu erscheinen.

Der Vorstand.

Zahlstelle Leipzig.

Freitag, den 8. Februar, Abends 7 Uhr

General-Versammlung

im Vereinslokal „Graphia“, Seeburgstr. 84.

Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht. 2. Kassenbericht. 3. Bericht der Revisoren. 4. Neuwahl des Vorstandes. 5. Verbandsangelegenheiten.

Im Interesse der wichtigen Tagesordnung ist es notwendig, daß alle Mitglieder der Zahlstelle an dieser Versammlung teilnehmen und darauf achten, daß selbige um 7 Uhr beginnt. Der Vertrauensmann.

Leipzig.

Sonntag, den 17. Februar, im Vereinslokal Graphia,

Familien-Kappenabend.

Es war der Wunsch der Kollegen und Kolleginnen einen Familienabend zu veranstalten und hat der Vorstand das Arrangement soweit vorbereitet. Sache der Mitglieder ist es nun, in Kollegentreifen für guten Besuch zu werben.

Leipzig. Den Mitgliedern hiermit nochmals zur Nachricht, daß die „Solidarität“ alle 14 Tage im Vereinslokal Graphia abzuholen ist und nur auf Wunsch und eigene Kosten durch die Post versendet wird. Der Vertrauensmann.

Karlruhe (Baden).

Wir sehen unsere Mitglieder nochmals in Kenntnis von dem am Samstag, den 3. Februar, im Saale zum Jahrlinger Löwen stattfindenden

Kostümkränzchen

und bitten um vollständiges und pünktliches Erscheinen. Anfang 7 1/2 Uhr. Programm wird noch bekanntgegeben. Der Vorstand.

Verein der Berliner Buchdrucker u. Schriftsetzer.

Mittwoch, den 6. Februar 1901, Abends 9 Uhr:

Vereins-Versammlung.

im Louisenstädtischen Konzerthaus, Alte Jakobstr. 37. Tages-Ordnung: Siehe Vereinsmitteilung. Die verehrlichen Mitglieder werden erucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Verband der in Buchdruckereien und verwandten Berufen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands. Ortsverwaltung Berlin, Zahlstelle II.

Sonntag, den 24. Februar 1901:

Großer Wiener Masken-Ball

in Keller's Festsaal, Kopenstr. 29, großer Saal.

Prämierung der beiden schönsten Damen, sowie der beiden originellsten Herren-Masken.

— Zwei Musik-Kapellen. —

Um 11 Uhr: Demaskierung.

Um 1 Uhr: Kaffeepause.

Eröffnung 8 Uhr (irrtümlich ist auf den Plakaten und Billets die Eröffnung um 5 Uhr angegeben).

Anfang 7 Uhr.

Billet 50 Pf.

Dieselben sind zu haben: im Arbeitsnachweis beim Kollegen Jahn, sowie bei den Vorstandsmitgliedern und in den mit Plakaten belegten Geschäften. Um zahlreichen Besuch bittet Der Vorstand.



Achtung!

63. Bock-Saison.

Achtung!

Sonabend, den 2. Februar cr.

Bock-Anstich

des altbekanntem

und berühmten

Ur-Bock

der Berliner Bock-Bräuerei.

Sonntag, den 3. Februar 1901, von 4 Uhr Nachmittags ab.

Bock-Jubel und -Crubel.

Von 6 Uhr an im Uhren-Saale: Tanz, bei doppelt besetztem Bock-Orchester.

Zu diesem, zum 1. Mal in meinem Lokal stattfindenden, urgemüthlichen Bockfest, ladet hiermit alle Gönner, Freunde und Bekannte ganz ergebenst ein

W. Chledt, Gastwirth, Seydelstr. 30.